

Pressemitteilung

Andreas Müller

63579 Freigericht

mobil 0174/3019484

e-mail mueller-hanau@t-online.de

web www.linkefraktion-mkk.de

27. Januar 2010

Haushaltsberatung 2010 LINKE Kreistagsfraktion: Koch´sche Zwangsarbeit im Main-Kinzig-Kreis?

Kreistagsfraktion der LINKEN kritisiert Stellenplan des Main Kinzig Kreises

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Haushaltsplan des Main-Kinzig-Kreises befasst. Sie kritisiert insbesondere den darin enthaltenen Stellenplan. Für den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Andreas Müller ist der Stellenplan ein schwarzes Tuch. Hier werde auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten des Services für die Bürger gespart. Insbesondere zwei Aspekte sorgen bei den LINKEN für Unverständnis. Zum einen der Personalabbau von fast 90 Stellen, zum anderen aber dass trotz genehmigten Stellenplanes im Jahr 2009 rund 100 Stellen unbesetzt geblieben sind.

Alleine dadurch, dass die vom Kreistag beschlossene Personalplanung im Stellenplan dadurch unterlaufen werde, dass Stellen einfach nicht besetzt werden, hat der Main-Kinzig-Kreis nach Schätzungen der LINKEN cirka 6 Millionen Euro im Jahre 2009 auf dem Rücken des Personals gespart.

Eine effektive und integre öffentliche Verwaltung ist die Basis staatlichen Handelns und letztlich Voraussetzung für dessen Legitimität. Nun könnte man locker sagen: Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung und sonstige bekannte Schlagwörter. Aber dies ist grundsätzlich falsch, wie ein Blick z.B. auf die OECD Studie zum Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeigt. Da ist Deutschland im hinteren Feld mit ca. 11 Prozent der Beschäftigten. „Wir müssen uns ja nicht gleich an Schweden und Norwegen mit knapp 30% orientieren, Frankreich mit 22% oder die USA mit 14% wären auch schon eine Verbesserung“, so der Fraktionschef der LINKEN. Müller weiter: „Deutschland hat nicht zuwenig öffentlicher Dienst, das kann man zunächst einmal feststellen.“

Besondere Auffälligkeiten ergeben sich hier im Sozialamt SGB II mit nur 81,5 von 104 Stellen die tatsächlich auch besetzt seinen, im restlichen Sozialamt noch mal mit 58,5 zu 64,5 Angestellten. Weiterer Schwerpunkt der Einsparungen seien die Grund- und Hauptschulen mit über 10 Prozent unbesetzten Stellen.

Aber auch im Bauamt mit 9 von 11 bei den Beamten, beim Verbraucherschutz mit 3 von 6 Beamtendienstposten, bei der Personalreserve mit 41 zu 55 Angestelltendienstposten seien nicht gerade wenig Stellen unbesetzt.

Am 30.6.2009 waren von 872,5 Angestelltenstellen nur 793,5 und von 223 Beamtendienstposten nur 199 besetzt, **also insgesamt 103 ausgewiesene Stellen unbesetzt.**

Die LINKEN fordern deshalb, dass offene Stellen schnellstens wieder besetzt werden. Im Interesse der Bürger und des Services, aber auch im Interesse der Beschäftigten. „Wir können die ohnehin überlasteten Verwaltungsmitarbeiter nur bedauern, die sich jetzt den Kopf zerbrechen müssen, wie die geforderten Extra-Streichkonzerte zu schaffen sind – die sie auch noch selber treffen sollen“, so Müller.

Weiteres Übel im Stellenplan sind aus Sicht der LINKEN die vielen KW-Vermerke. Also Stellen, die angeblich wegfallen können. Zunächst einmal wird die gesamte Personalreserve mit diesen Sternchen versehen. Ohne Personalreserve gäbe es keine Luft für Unvorhergesehenes. Schauen Sie sich den Rest des Stellenplanes an, so fällt auf, dass die KW Vermerke ausschließlich untere Entgelt- und Vergütungsgruppen betreffen. An sich schon ein Punkt, der Fragen aufwirft. Wenn man sich dann noch die betroffenen Bereiche anschaut, stellt man fest, dass dies alleine im Schuldezernat 33 Stellen im unteren und untersten Vergütungsbereich betrifft.

„Da drängt sich eine Frage auf“, so Müller, „werde hier die Forderung Roland Kochs nach einer Arbeitspflicht für Hartz IV Empfänger vorbereitet, in dem man Hilfskräfte und Hausmeister an Schulen wegfallen ließe, um sie dann mit Ein-Euro-Kräften oder gar vielleicht mit Pflichtarbeitern zu ersetzen?“

Schon heute seien an vielen Schulen zu wenig Hausmeister und Reinigungspersonal vorhanden. Diese würden auch heute schon durch Ein-Euro-Kräfte ergänzt. Offizielle Begründung für die gesetzlich vorgeschriebene Zusätzlichkeit der Stelle sei, dass diese nicht geschaffen würden, da kein Geld vorhanden sei. Wenn jetzt die Stellen aber auch noch gezielt abgebaut würden, halte diese Begründung, nach Meinung der LINKEN nicht mehr Stand. Diese Stellen verdrängen reguläre Beschäftigung verdrängen und seien auch nicht zusätzlich, so Müller. Die LINKE wird deshalb zum Haushalt einen Antrag stellen, dass diese Stellen nicht gestrichen werden.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller